

1956 225 000 DM. Diese Entwicklung, die sich auf Grund der planmäßigen Steigerung der Wirtschaftskraft unserer Republik fortsetzen wird, schafft den örtlichen Organen der Staatsmacht die Möglichkeit, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung von Jahr zu Jahr besser zu befriedigen.

Wie anders ist dagegen die Lage der Städte und Gemeinden in Westdeutschland, deren politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Monopolkapital und finanzielle Verschuldung ständig zunimmt. Das Präsidium des westdeutschen Städtetags hat auf einer seiner letzten Sitzungen festgestellt, daß die kommunalen Gesamtschulden in Westdeutschland 6,5 Milliarden DM betragen. In diesem Zusammenhänge ist der Jahresbericht des Bonner Kriegsministeriums interessant. Aus ihm ist zu ersehen, daß „vorläufig“ 143 Kasernen geplant sind, von denen sich 23 bereits im Bau befinden. Der Kostenaufwand dafür beträgt rund 2,5 Milliarden DM. Der in Angriff genommene Bau von Flugplätzen für die Streitkräfte der NATO erfordert weitere 2,5 Milliarden DM. Allein die Stadt Kassel hat rund 60 Millionen DM Schulden.

Um ihre Klassenherrschaft zu verschleiern, betonen die monopolistischen Beherrscher Westdeutschlands bei jeder Gelegenheit, in der Bundesrepublik bestehe „Demokratie“ und „Freiheit“. Wahr ist dagegen, daß infolge der NATO-Politik die Bonner Zenträlgewalt den Druck gegenüber den Städten und Gemeinden verschärft. Die formellen bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten der Gemeindeorgane und der Bürger werden vernichtet und die Städte und Gemeinden in die Durchführung der Militarisierung einbezogen. Von der demokratischen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden bleibt fast nichts mehr übrig. Bei der Vorbereitung unserer Volkswahlen sollte es darum auch einen breiten Meinungsaustausch geben. Das wird nicht nur dazu beitragen, allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik den Unterschied bewußter zu machen, der sich in der fortschrittlichen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden im Gegensatz zur Lage der Gemeinwesen in Westdeutschland zeigt, sondern das wird auch den Kampf der fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland gegen die NATO-Politik und ihre Träger, die Monopolisten, unterstützen.

Am 1. April haben die öffentlichen Rechenschaftslegungen begonnen. Jetzt kommt es darauf an, im Verlaufe des Monats April in jedem Betrieb, jedem Wohnbezirk, jeder Gemeinde solche Rechenschaftsversammlungen zu organisieren. Wir wollen erreichen, daß es keinen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik gibt, der sich nicht an der Rechenschaftslegung der Abgeordneten beteiligt hat. Um dabei die verschiedenen Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen, ihre Erfahrungen und Vorschläge auszuwerten und breite Schichten für die Mitarbeit zu gewinnen, sollen spezielle Rechenschaftsversammlungen mit bestimmten Kreisen der Bevölkerung, wie z. B. mit Arbeitern, werktätigen Bauern, Ärzten, Wissenschaftlern, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Künstlern usw., stattfinden.

Über 800 000 junge Bürger unserer Republik werden erstmalig aufgerufen, ihrer staatsbürgerlichen Pflicht als Wähler nachzukommen. Wir empfehlen den Bezirks- und Kreisleitungen, der Aufklärungsarbeit unter diesen jungen Wählern ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von den Leitungen der FDJ sollten gemeinsam mit den Parteiorganisationen in den Betrieben und den Ausschüssen der Nationalen Front in den Wohngebieten und MTS-Bereichen Jungwählierversammlungen organisiert werden.